

DER BEITRAG DER POLITISCHEN BILDUNG ZUR SUBJEKTKONSTITUTION

1. Der Prozeß der Subjektkonstitution ist nicht einfach identisch mit der Entwicklung individueller Subjektivität; er kann vielmehr nur gelingen, wenn er dem Individuum mit der Ausprägung von Individualität zugleich ein reflektiertes Verständnis des historischen und gesellschaftlich-politischen Kontextes, in dem wir leben, eröffnet. Anthropologisch ergibt sich dieser Zusammenhang aus Sozialangewiesenheit und Instinktarmut des Menschen, politisch aus der Entscheidung für eine demokratische Ordnung, die per definitionem mindestens die politische Urteilsfähigkeit aller Erwachsenen unterstellen muß. Subjektkonstitution impliziert daher die Befähigung zur Teilnahme an den gemeinsamen Angelegenheiten.
2. Politische Bildung im Sinne organisierten Lernens ist als zentrales Element im Prozeß der Subjektkonstitution unerläßlich, weil in modernen Gesellschaften die gemeinsamen Angelegenheiten sich in ihren Strukturen, Problemkonstellationen und Interessenverflechtungen - kurz: in ihrer Komplexität - nicht einfach von der Alltagserfahrung aus erschließen. Im Gegenteil: neuere gesellschaftliche Entwicklungstendenzen führen dazu, daß sich die Schere zwischen der wachsenden Notwendigkeit rationaler politischer Urteils- und Handlungskompetenz möglichst vieler Menschen auf der einen und wachsender Undurchschaubarkeit der gesellschaftlich-politischen Realität auf der anderen Seite weiter öffnet.
3. Angesichts dieser Situation muß politische Bildung sich stärker als bisher darauf konzentrieren, den Individuen die Gewinnung eines "geschichtlich vermittelten Bewußtseins von zentralen Problemen der gemeinsamen Gegenwart und der voraussehbaren Zukunft" (Klafki) durch die Auseinandersetzung mit eben diesen "Schlüsselproblemen" zu ermöglichen. Politische Bildung ermöglicht damit Orientierung durch Konzentration; die didaktische Reduktion der Komplexität von Gesellschaft und Politik durch die Konzentration auf Schlüsselprobleme erschließt Zusammenhänge zwischen disparaten Lebensbereichen, ermöglicht Orientierung in der medial vermittelten Informationsflut und eröffnet den Lernenden die Möglichkeit, sich ein eigenständiges Bild der Epoche, in der wir leben, zu erarbeiten.
4. Politische Bildung erschließt Zusammenhänge zwischen disparaten Lebensbereichen, indem sie einen multiperspektivischen Zugang zu Schlüssel-

problemen sucht. Dies impliziert die Notwendigkeit fächer- (fachbereichs-)übergreifender Kooperation in der politischen Bildung. Fächerübergreifende Kooperation setzt freilich voraus, daß in den Institutionen der Erwachsenenbildung die politische Bildung auch als eigener Fachbereich, in dem auf der Basis sozialwissenschaftlicher und politikdidaktischer Kompetenz eine langfristig angelegte Angebotsplanung mit (auch für potentielle Teilnehmer) erkennbaren curricularen Strukturen erfolgt, etabliert ist.

5. Nicht zuletzt am Stellenwert der politischen Bildung im Angebotspektrum entscheidet sich, wie die Erwachsenenbildung sich mit den derzeitigen Modernisierungsprozessen auseinandersetzt: ob bloß reaktiv oder ob reflexiv, oder, mit Blick auf die Lernenden: ob mit der Perspektive schlichter Adaption an aktuelle sozio-ökonomische Trends oder ob mit der Perspektive der Subjektconstitution.
6. Die derzeitige Lage der politischen Bildung gibt zu Optimismus wenig Anlaß. Neben bildungspolitischen Maßnahmen, die zur Verbesserung der praktischen Arbeitsbedingungen notwendig sind, sollte auf der Ebene der Theoriediskussion versucht werden,
 - den Kommunikationsbruch zwischen Politikdidaktik und Erwachsenenpädagogik (wieder) zu überwinden und die didaktischen Probleme politischer Erwachsenenbildung intensiv zu bearbeiten;
 - durch Kooperation mit der Politikdidaktik bei der Ausbildung von Erwachsenenpädagogen eine stärkere Professionalisierung zukünftiger "politischer Erwachsenenbildner" zu ermöglichen;
 - den trägerübergreifenden Diskurs über Ziele und Selbstverständnis politischer Erwachsenenbildung in der Demokratie zu intensivieren und stärker als bisher den in der Praxis politischer Bildung tätigen Pädagogen eine gemeinsame, über die Grenzen des jeweiligen Trägers hinausgreifende berufliche Identität zu ermöglichen.

Literatur

Klafki, Wolfgang: Konturen eines neuen Allgemeinbildungsverständnisses. In: Ders.: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Weinheim/Basel 1985

Sander, Wolfgang: Politische Bildung an Volkshochschulen - Defizite und Perspektiven. In: Forum Politische Bildung 2/1989

Sander, Wolfgang: Zur Geschichte und Theorie der politischen Bildung. Allgemeinbildung und fächerübergreifendes Lernen in der Schule. Marburg 1989